



Baden-Württemberg.de

📅 14.10.2019

BÜROKRATIEABBAU

Deutsch-Französisches Gipfeltreffen zu regionaler Zusammenarbeit



📷 © Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg

Bei einem Gipfeltreffen im Saarland ging es um den Abbau von Hindernissen bei den Arbeitnehmerentsendungen in der deutsch-französischen Grenzregion. Staatssekretärin Katrin Schütz forderte, die bürokratischen Hürden für die Betriebe aus Baden-Württemberg beim Marktzugang in Frankreich zu reduzieren.

Am Montag (14. Oktober) war das Saarland Gastgeber eines Spitzentreffens der Staatssekretäre der deutsch-französischen Grenzregion. In den Räumen der Industrie- und Handelskammer in Saarbrücken empfing Staatssekretär Jürgen Barke Antoine Foucher, Directeur du Cabinet im französischen Arbeitsministerium sowie dessen Amtskollege Rolf Schmachtenberg, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Darüber hinaus nahmen die rheinland-pfälzische

Staatssekretärin Daniela und **Katrin Schütz**, Staatssekretärin im baden-württembergischen Wirtschaftsministerium, an dem Treffen teil.

Abbau von Hindernissen bei Arbeitnehmerentsendungen

Beim Gipfeltreffen ging es um den Abbau von Hindernissen bei den Arbeitnehmerentsendungen in der deutsch-französischen Grenzregion. So sollen in Zukunft die Verwaltungsanforderungen auf der französischen Seite für deutsche Unternehmen vereinfacht werden. Das Ziel ist es, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit beider Länder zu vertiefen.

Staatssekretär Jürgen Barke sprach von einem positiven Signal, das von dem heutigen Treffen ausgehe: „Gerade das Saarland als europäischstes aller Bundesländer profitiert von den engen wirtschaftlichen Verknüpfungen in der Grenzregion. Allerdings ist der Verwaltungsaufwand für unsere mittelständischen Unternehmen an der einen oder anderen Stelle immer noch zu hoch. Daher geht es jetzt darum, die noch bestehenden Barrieren zu überwinden, um weitere Wertschöpfungsketten zu ermöglichen. Mit dem heutigen Zusammentreffen haben wir einen großen Sprung nach vorne gemacht.“

Directeur du Cabinet Antoine Foucher schlug vor, die europäischen Entsendungsregeln gerechter zu gestalten: „Derzeit erlauben diese Regeln, innerhalb desselben Landes, nicht die gleichen Sozialbeiträge für die gleiche Arbeit und den gleichen Lohn zu bezahlen. Das müssen wir ändern. Das bedeutet nicht, gleiche Sozialbeiträge in allen europäischen Ländern durchzusetzen, das wäre absurd. Aber es bedeutet, dass innerhalb desselben Landes alle Betriebe vergleichbare Sozialbeiträge für vergleichbare Löhne zahlen, unabhängig vom Ursprungsland. Solange die europäischen Regeln einen lautereren Wettbewerb nicht garantieren, bleibt es schwierig, nationale Hindernisse wirklich aus dem Weg zu räumen.“

Staatssekretär Rolf Schmachtenberg begrüßte ausdrücklich den Austausch mit den französischen Partnern: „Wir haben über Wege gesprochen, das Zusammenwachsen der Wirtschaftsräume diesseits und jenseits des Rheins zu stärken und administrative Hürden für Arbeitnehmerentsendungen nach Frankreich zu verringern.“

Schütz lobt deutsch-französische Zusammenarbeit

Auch Staatssekretärin Katrin Schütz lobte die deutsch-französische Zusammenarbeit: „Gerade in der Grenzregion müssen die Vorteile des EU-Binnenmarktes greifbar sein und die bürokratischen Hürden für unsere Betriebe aus Baden-Württemberg beim Marktzugang in Frankreich reduziert werden. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Zusammen mit allen Partnern können wir neue Impulse für den gemeinsamen Wirtschaftsraum setzen.“

Die rheinland-pfälzische Wirtschaftsstaatssekretärin Daniela Schmitt wertete das Gipfeltreffen ebenfalls als Erfolg: „Für die Menschen, die in der Region leben und zum Einkaufen oder als Touristen zwischen Frankreich und Deutschland wechseln, ist die Grenze schon verschwunden. Ich wünsche mir, dass wir es für die Unternehmen und hier vor allem für die mittelständische Wirtschaft schaffen, Bürokratie abzubauen und einen echten Binnenmarkt zu verwirklichen. Die Herausforderung an uns alle ist, die erforderlichen Formalitäten und die Kontrolle eines fairen Wettbewerbs dazu so einfach wie möglich zu gestalten. Das Treffen heute zeigt, dass alle Partner dazu bereit sind.“

Vertrag von Aachen

Am 22. Januar 2019 unterzeichneten Deutschland und Frankreich den **Vertrag von Aachen**, in dem sich beide Länder zu einer vertieften regionalen Zusammenarbeit bekennen. Dadurch sollen die Beziehungen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern sowie zwischen Unternehmen gefördert und Hindernisse abgebaut werden.

Quelle:

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr des Saarlandes